

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Michael Hüttner und Hans Jürgen Noss (SPD)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal

Die **Kleine Anfrage 569** vom 19. Januar 2012 hat folgenden Wortlaut:

Am 7. Januar 2012 kam es zu Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal. Es wurden jeweils auch Gegenveranstaltungen durchgeführt. Nach den vorliegenden Presseberichten konnte die Polizei gewaltsame Auseinandersetzungen durch ihre Einsatztaktik verhindern.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie beurteilt die Landesregierung den Verlauf der Kundgebungen von Rechtsextremisten in Worms, Ludwigshafen und Frankenthal am 7. Januar 2012?
2. Wie haben sich die eingesetzten Polizeieinheiten konzeptionell auf die Kundgebungen vorbereitet und ist die vorgesehene Einsatzkonzeption erfolgreich durchgeführt worden?
3. Wie geht die rheinland-pfälzische Polizei generell mit Veranstaltungen aus dem rechtsextremistischen Spektrum um?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 31. Januar 2012 wie folgt beantwortet:

Vorbemerkung:

Der Rechtsextremismus ist angesichts seiner menschenverachtenden Weltanschauung und der fortwährenden verbalen und tätlichen Angriffe von Rechtsextremisten auf Mitbürgerinnen und Mitbürger eine zentrale Herausforderung für Staat und Gesellschaft.

Die nachhaltige Bekämpfung des Rechtsextremismus ist der Landesregierung ein zentrales Anliegen und bildet seit Jahren einen Handlungsschwerpunkt der Sicherheitsbehörden.

Dies vorausgeschickt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

In Ludwigshafen, Frankenthal und Worms fanden am 7. Januar 2012 jeweils Kundgebungen der NPD statt. Sie standen unter dem Motto „Raus aus dem Euro“. In allen drei Städten handelte es sich um den gleichen Teilnehmerkreis der NPD. Die betroffenen Städte haben jeweils Verbotsverfügungen gegen die Kundgebungen der NPD erlassen, die durch die Verwaltungsgerichte Neustadt/Weinstraße und Mainz aufgehoben wurden.

Der Einsatzverlauf war weitestgehend friedlich. Ein Aufeinandertreffen rivalisierender Gruppierungen konnte von der Polizei konsequent unterbunden werden.

b. w.

Zu Frage 2:

Mit der Durchführung der Einsatzmaßnahmen in Worms war das Polizeipräsidium Mainz betraut. Die Polizeieinsätze in Frankenthal und Ludwigshafen lagen in der Verantwortung des Polizeipräsidiums Rheinland-Pfalz.

Die Hauptziele der polizeilichen Einsatzmaßnahmen in Worms, Frankenthal und Ludwigshafen waren insbesondere,

- rechtswidrige Aktionen und gewalttätige Konfrontationen oder Ausschreitungen schon im Ansatz zu unterbinden sowie
- das Aufeinandertreffen rivalisierender Gruppen zu verhindern.

Das Einsatzkonzept wurde im Rahmen von Einsatzbesprechungen den Führungsverantwortlichen und den Einsatzkräften ausführlich dargelegt.

Zur Einsatzbewältigung in Worms hat das Polizeipräsidium Mainz in Worms 105 Polizeibeamtinnen und -beamte, das Polizeipräsidium Rheinland-Pfalz für die Veranstaltungen in Frankenthal und Ludwigshafen insgesamt 371 Polizeibeamtinnen und -beamte eingesetzt.

Zu Frage 3:

Die Bewältigung vorgenannter Einsatzanlässe sowie generell die Bekämpfung des Rechtsextremismus erfordern ein professionelles, insofern ein gleichmäßiges und abgestimmtes polizeiliches Vorgehen.

Das Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur hat aus diesem Grund nicht erst als Reaktion auf die menschenverachtenden Verbrechen der Zwickauer Terrorzelle, sondern bereits im Jahr 2001 eine Handlungsanleitung „Rechtliche und polizeitaktische Hinweise zum Umgang mit rechtsextremistischen Veranstaltungen“ entwickelt und in Kraft gesetzt.

Diese Anleitung ist im Jahre 2009 von einer landesweit eingesetzten Arbeitsgruppe unter Leitung des Ministeriums grundlegend überarbeitet und neu ausgerichtet worden.

Darüber hinaus dient die Handlungskonzeption „Rechtliche und taktische Hinweise zur Bewältigung polizeilicher Einsatzlagen im Zusammenhang mit rechtsmotivierten/-extremistischen Versammlungen, Veranstaltungen und anderen Erscheinungsformen“ als Rahmenvorgabe für das polizeiliche Vorgehen gegen rechtsextremistische Aktivitäten. Dieses Konzept wurde gerade erst (Ende 2011) auf den aktuellsten Stand gebracht und wird auch in Zukunft konsequent fortgeschrieben.

So leistet die Landesregierung einen wertvollen Beitrag bei der frühzeitigen Reaktion auf rechtsextremistische Erscheinungsformen und schafft die Grundlage für das hohe Niveau der rheinland-pfälzischen Polizei bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus.

Roger Lewentz
Staatsminister